Peter Biesenbach*), Minister der Justiz: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstelle einmal jedem in diesem Raum, dass Sie genauso wie die Landesregierung natürlich ein Interesse daran haben, dass Mieter und Mieterinnen vor Wohnungsverlust geschützt werden.

Lieber Herr Becker, der den Antrag für die SPD begründet hat, ich meine, die Fragen, die Kollege Klocke hier gestellt hat, sind schon zu beantworten. Nicht nur die SPD ist Teil der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat ja gerade und bewusst im Sommer dieses Jahres die Verlängerung abgelehnt. Warum? – Weil sie die Notwendigkeit nicht erkannte. Warum jetzt plötzlich die Notwendigkeit wieder da sein soll, ist zumindest aus Ihrer Antragsbegründung nicht erkennbar. Aus der Sicht der Landesregierung liegt auch keine belastbare Grundlage dafür vor, dass eine Wiederaufnahme des Kündigungsmoratoriums zum derzeitigen Zeitpunkt erforderlich ist.

Herr Kollege Paul hat dazu schon einige Zahlen deutlich genannt, ich will nur wenige wiederholen. Nach den bekannten Umfragen ist es infolge der Coronapandemie bisher nur zu einer geringen Zunahme an Mietrückständen gekommen.

Laut einer Umfrage unter den Mitgliedern des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen ist es zwischen April und Juni, also dem Zeitpunkt des ersten Moratoriums, nur bei 0,6 % der Mietverhältnisse zu Zahlungsausfällen gekommen. Stundungsanträge sind gerade einmal bei 0,3 % aller Mieterverhältnisse gestellt worden.

Vonovia wurde hier schon erwähnt. Laut Angaben war es bei rund 1 % der Mieterinnen und Mieter notwendig, einvernehmliche Lösungen zu finden.

Haus & Grund hat im August mitgeteilt, dass 90 % der Vermieter keine coronabedingten Mietausfälle zu beklagen haben.

Dieser geringe Anstieg von Mietrückständen bei Wohnraummieten spricht aus Sicht der Landesregierung dafür, dass die sozialen Sicherungssysteme, wie hier bereits betont wurde, und die ergriffenen Hilfsmaßnahmen derzeit als ausreichend anzusehen sind, um Mieterinnen und Mieter vor Wohnungsverlust zu schützen.

Wir gehen auch davon aus – das wurde schon mehrfach betont –, dass Vermieterinnen und Vermieter natürlich ein Interesse daran haben, Mieter zu behalten, und daher eine große Gesprächsbereitschaft besteht.

Ergebnis: gegenwärtig keine Erkenntnis. Hier sind sich Bundesregierung und Landesregierung einig. Sollte sich das ändern, dann können wir gerne wieder darüber sprechen. Dann mag es auch eine neue Grundlage zu einer Entscheidung geben. Im Augenblick kann dieser Antrag wirklich nur abgelehnt werden.

(Beifall von der CDU, der FDP und Roger Beckamp [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Biesenbach. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Da die antragstellende Fraktion der SPD direkte Abstimmung beantragt hat, lasse ich somit über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/12056 abstimmen und frage, wer dem Inhalt zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der AfD. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/12056 abgelehnt** wurde.

Damit kommen wir zu:

4 Wo Naturschutz draufsteht, muss Naturschutz drin sein – keine Pestizide in Naturschutzgebieten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12048

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Abgeordneten Rüße das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Norwich Rüße*) (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Themen „Zustand der Natur“ und „Artenvielfalt“ beschäftigen uns hier im Landtag schon seit ein paar Jahren.

Wir alle haben am Anfang etwa entlang folgender Frage darüber zu diskutieren begonnen: Wie kommt es eigentlich, dass beispielsweise die Kiebitzbestände im Kreis Warendorf so massiv gesunken sind? Herr Rehbaum, genau wie ich werden Sie die Kartierung kennen, die es dazu gibt.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Früher gab es flächendeckend grüne Gebiete, in jedem Ort, überall fand sich der Kiebitz. Jetzt sieht man auf der Karte im Bereich des Kreises Warendorf fast nur noch rote Gebiete, das heißt, der Kiebitz ist dort in der Fläche verschwunden.

Dann kam die Studie aus Krefeld. Die ersten Hinweise aus dem Jahr 2015 wurden noch belächelt,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ach!)

aber im Endeffekt hat sich doch ergeben, dass die dort gesammelten Erkenntnisse sehr wohl tragfähig sind. Das Besondere an dieser Studie war die damals neue Erkenntnis, dass wir auch dort erhebliche Verluste haben, wo die Natur eigentlich geschützt sein sollte, nämlich in Naturschutzgebieten.

Das Land NRW gibt eine Menge Geld für Naturschutzgebiete aus. Wir haben in der Vergangenheit viele Flächen aufgekauft, um Naturschutz betreiben zu können. Wenn man dann feststellt, dass die Natur dort nicht hinreichend geschützt wird, muss man sich überlegen, wie man damit umgeht.

Über die vielen Ursachen haben wir in den vergangenen Jahren diskutiert. Wir haben über Vermaisung gesprochen, und wir haben über den zu hohen Flächenverbrauch gesprochen. In diesem Zusammenhang will ich daran erinnern, dass wir in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen 50 Jahren von den ehemals 1,8 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 400.000 Hektar verloren haben. Die sind weg, dort entwickelt sich schon mal keine Natur mehr. Deshalb lautet der dringende Appell in Richtung Landesregierung, in puncto Flächenverbrauch deutlich zuzulegen und hier mehr zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich gibt es auch einen massiven Verlust an Grünland. Aber all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der entscheidende Faktor wohl tatsächlich der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bzw. Pestiziden in der Landwirtschaft ist. In puncto Insektensterben kann man den Zusammenhang gerade auch mit neueren Pflanzenschutzmitteln, den Neonicotinoiden, nicht wegdiskutieren. Hier ist ein massiver Einfluss auf die Insekten festzustellen.

Sie haben das in Nordrhein-Westfalen am Ende zu entscheiden. Ich persönlich bin allerdings sehr enttäuscht, dass es jetzt wieder zu Ausnahmegenehmigungen gekommen ist und Neonicotinoide tatsächlich eingesetzt werden dürfen. Ich würde mir zumindest wünschen, dass das Land sehr stringent überprüft, ob das wirklich sein muss oder ob es nicht auch Alternativen gibt.

Ich vermute, dass diejenigen, die gleich reden dürfen, ihre Redemanuskripte gestern Nachmittag oder heute Morgen noch ein bisschen umschreiben mussten. Die Antwort auf unseren Antrag ist ja eigentlich Folgende: Nun warten Sie doch mal ab. Wir regeln das auf Bundesebene im Insektenschutzgesetz. Da passiert schon was. – Aber diesbezüglich stellen wir fest, dass man sich erstens ineinander verhakt hat und dass zweitens am Ende doch nichts dabei herauszukommen scheint.

Ich diskutiere mittlerweile schon lange über Agrarpolitik und bin immer wieder entsetzt, dass man zwar Bestimmungen macht – wie jetzt gerade auch wieder aus dem BMEL gekommen –, die erst mal gut klingen, aber bei denen man förmlich spürt, dass die Ausnahmen zur Regel werden und sich am Ende nicht viel verändern wird.

Vor acht Jahren wurde der Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz installiert, dessen klares Ziel die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln war. Das klappt aber nur, wenn das Wetter stimmt. Stimmt das Wetter nicht, klappt es auch nicht, weil es dann einen gleichbleibend hohen Pflanzenschutzmitteleinsatz gibt. Wir kommen einfach kein Stück weiter runter.

Hier schließt sich aus unserer Sicht der Kreis: Wir wollen wenigstens in unseren Naturschutzgebieten keine Pestizide. Sehr spannend fand ich, dass die Bundeskanzlerin, als man ihr auf einer Veranstaltung sagte, dass in Naturschutzgebieten Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden, völlig entgeistert erwiderte: Das kann doch in Naturschutzgebieten nicht sein. – Das war für sie gar nicht vorstellbar.

Ich finde, wenn etwas nicht vorstellbar ist, sollte man dem nachgeben und sagen: Wir schützen unsere Naturschutzgebiete vor dem Eintrag von Pflanzenschutzmitteln. – Das ist der Kern des Antrags. Wir wollen an dieser Stelle endlich ein Stück weiterkommen. Wir können nicht immer nur reden, wir müssen endlich auch stringent handeln. An der Stelle muss deutlich mehr passieren. Das wäre ein kleiner Schritt.

Hinzu kommen die weiteren Punkte, die in dem Antrag erwähnt werden, etwa endlich einen verlässlichen Bericht darüber zu erhalten, was wir einsetzen und was da passiert.

Außerdem gilt es, die Alternativen voranzubringen. Ich war vor ein paar Tagen bei einem Bauern, der regenerative Landwirtschaft betreibt. Das ist ein hochspannendes Thema, da müssen wir ran. Auch die Landwirtschaftskammer muss etwas machen, damit wir da vorankommen. Konventionelle und ökologische Bauern beschäftigen sich mit dem Thema „Boden“ und wissen genau, dass sie ihrem Boden nichts Gutes tun.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Diese Ansätze voranzubringen und dann das zu tun, was wir mit dem Antrag erreichen wollen, würde der Insektenvielfalt und der Artenvielfalt insgesamt deutlich helfen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Winkelmann das Wort.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2020 ist auf der Zielgeraden. Wir alle schauen auf außergewöhnliche Monate zurück. Das gilt insbesondere für die Landwirtschaft.

Die Situation auf unseren Höfen, in den landwirtschaftlichen Betrieben in Nordrhein-Westfalen ist dramatisch. Wir nehmen das sehr ernst. Ein paar Zahlen zur Verdeutlichung: Innerhalb von Monaten ist der Preis für Schlachtschweine von über 2 Euro auf 1,20 Euro/kg zurückgegangen; der Preis für Ferkel von über 90 Euro auf nur noch 22 Euro. Das ist ein krasser Preissturz. Auch alle anderen Produktionsbereiche sind betroffen. So erhält der Kartoffelbauer aktuell für 100 kg mickrige 3 Euro; von den Milchpreisen ganz zu schweigen.

Von den Einreiseproblem für die Saisonarbeiter und der zeitweisen Schließung großer Schlachthöfe über die geringere Nachfrage durch die Schließung der Gastronomie und durch wegfallende Veranstaltungen bis hin zu den Exportbeschränkungen wegen der Afrikanischen Schweinepest kommt in dieser Krise für die landwirtschaftlichen Betriebe eins zum anderen.

Kurzum: 2020 war ein dramatisches Jahr für unsere Bäuerinnen und Bauern – und jetzt wollen die Grünen den Betrieben zum Schluss noch ein ganz besonderes Weihnachtsgeschenk machen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ihre Ministerin auch!)

Es soll keine Pestizide in Naturschutzgebieten mehr geben und in Pufferzonen auch nicht außerhalb davon. Das klingt erst mal schön, Kollege Rüße hat es gerade geschildert. Die Folgen sind aber enorm. Ich kenne eine Reihe von Landwirten bei mir im Wahlkreis, die ihre Flächen größtenteils in Naturschutzgebieten haben. Wenn nun auch noch die Pufferzonen hinzukommen, bedeutet das einen weiteren gravierenden Verlust durch nicht nutzbare Ackerflächen. Das haben Sie gerade noch bemängelt. Daher gibt es schon eine kleine Diskrepanz zwischen Ihrer Rede und Ihrem Antrag.

Sie wollen mit einem Federstrich alles verbieten, ohne irgendeinen Ausgleich für Ernteeinbußen zu ermöglichen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Davon lese ich in Ihrem Antrag nichts, nur einmal mehr Verbote, Verbote, Verbote.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Weniger Flächenverbrauch, liebe Kollegin!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Winkelmann, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Rüße.

Bianca Winkelmann (CDU): Gerne am Ende der Rede. – Ich habe mich bei der Lektüre Ihres Antrags auch gefragt, was mit den Biobauern ist,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

die bekanntermaßen auf eine Reihe von Pflanzenschutzmitteln pflanzlichen, tierischen, mikrobiellen oder mineralischen Ursprungs zurückgreifen dürfen. All diese Landwirte sollten Ihren Antrag lesen.

Kommen wir dazu, wie wir mit dem wichtigen Thema umgehen können. Das Thema ist uns natürlich wichtig; der Insektenschwund und der Verlust der Biodiversität beschäftigten uns alle massiv.

Wie gehen wir als CDU Nordrhein-Westfalen damit um? – NRW ist das erste Bundesland, das die Entwicklung der Insektenfauna systematisch betrachtet und überprüft. Zahlen und Fakten sind die Grundlage für unsere Politik. Es gehört zur Wahrheit dazu, dass viele Faktoren zu einem Rückgang der Biodiversität beitragen. Zu nennen sind die Zerstörung und Fragmentierung von Lebensräumen, die Eutrophierung der Landschaft durch Stickstoffeinträge aus der Luft, zum Beispiel durch den Verkehr, die regelrechten Steinwüsten in deutschen Vorgärten, der globale Klimawandel und natürlich auch die Landwirtschaft.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ach, doch?)

Sie ist aber eben nicht der einzige Grund. Statt über das generelle Verbot notwendiger Pflanzenschutzmittel zu sprechen, sollten wir deshalb besser darüber reden, wie man die verschiedenen Interessen zusammenbringen kann.

Damit kommen wir zu dem wichtigen Thema „Landwirtschaft 4.0“. Wo es geht, müssen wir mithilfe intelligenter Technik weiter daran arbeiten, so wenig Pflanzenschutzmittel und Dünger wie möglich auszubringen, und zwar sowohl in Naturschutzgebieten als auch anderswo. Das sind die Veränderungen, die wir brauchen.

(Beifall von der CDU)

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat mit dem Investitionsprogramm Landwirtschaft ein ganz wichtiges Projekt für eine derartige Technik auf den Weg gebracht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist die größte Pflanzenschützerin von allen!)

Die darin enthaltenen 800 Millionen Euro bedeuten einen echten Technologieschub auf unseren Feldern. Ab dem 11. Januar können Landwirte diese Mittel beantragen.

Auch die NRW-Koalition hat ihre Hausaufgaben gemacht. So haben wir unter anderem den Studiengang Precision Farming an der Technischen Hochschule OWL auf den Weg gebracht und wollen mit dem Landeshaushalt 2021 weiterhin die Landwirtschaftskammern stärken. Denn sie sind ganz wich-

tige Ansprechpartner für die Landwirte, wenn es um die Biodiversität und den Gewässerschutz geht.

Noch ein kleiner Hinweis: Das Zulassungssystem für neue Pflanzenschutzmittel ist in Europa bestimmt das schärfste weltweit. Das ist auch gut so.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann ist ja alles prima!)

Aber in Zukunft sollte es mehr und mehr darum gehen, neue sichere Schutzmittel schneller zuzulassen und neue Technik zu erforschen. Das wäre eine echte Hilfe für unsere Landwirte und für unsere Umwelt.

Ihr Antrag aus der Mottenkiste ist das sicher nicht und sollte deshalb lieber wieder in selbige zurückgelegt werden.

Ganz zum Schluss will ich an dieser Stelle aber nicht nur über die Betroffenheit der Landwirte sprechen. Denn es geht in dieser Debatte doch um so viel mehr. Es geht um die Versorgungssicherheit in unserem Land. Selbst in der Coronakrise waren die Supermarktregale ständig voll.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Dass dem so ist, das haben wir unseren Landwirten und unserem hohen Selbstversorgungsgrad gerade bei den Grundnahrungsmitteln zu verdanken.

(Beifall von der CDU und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Dass es so bleibt, ist unser Anspruch als CDU in Nordrhein-Westfalen.

Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz – das sind unsere Leitlinien und die Basis für die weitere Diskussion. Nur so kann Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen funktionieren.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Die CDU macht Umweltschutz mit den Landwirten und nicht gegen sie. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Winkelmann. Sie wollen die Zwischenfrage am Ende Ihrer Rede noch zulassen? –

(Henning Höne [FDP]: Dann ist es ja keine Zwischenfrage!)

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Rüße.

Norwich Rüße*) (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Eigentlich wollte ich Sie etwas anderes fragen, Frau Winkelmann. Sie haben ganz am Anfang gesagt, dass man das Ackerland nicht mehr nutzen könne, wenn man die Pestizide in Naturschutzgebieten nicht mehr erlaubt. Aber dazu will ich Sie gar nicht mehr fragen.

Ich bin entsetzt über Ihre Rede, und ich will Sie nur fragen: Wer schreibt Ihnen eigentlich solche Plattitüden auf?

(Heike Wermer [CDU]: Boah!)

Bianca Winkelmann (CDU): Ich habe schon gedacht, Sie müssten Ihre Frage nicht mehr stellen, weil meine Rede schon alle Ihre Fragen beantwortet hat.

Ich wünsche allen eine schöne Weihnachtszeit. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Winkelmann. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Spanier-Oppermann das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Ina Spanier-Oppermann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegin Winkelmann, ich habe erst gedacht: Na ja, sie wird vielleicht das eine oder andere auch noch einmal zur Sprache bringen, was auch in Respekt gegenüber dem grünen Antrag durchaus seine Berechtigung hat.

Aber wenn Sie von dem Antrag als „Antrag aus der Mottenkiste“ sprechen, leite ich meine Rede ein: Danke, dass wir noch einmal über dieses Thema sprechen können.

(Rainer Deppe [CDU]: Ich dachte, Sie sprechen gerne über Motten!)

Es ist kein Antrag von gestern. Es ist ein zeitgemäßer Antrag, und er zeigt im Grunde genommen doch diesen Balanceakt auf, den wir machen müssen in Respekt unserer Landwirtschaft gegenüber, aber auch in Respekt unserem Insektenschwund gegenüber.

Also: Voller Hochachtung spreche ich auch über die Leistungen der Landwirtschaft.

Aber wir müssen doch nicht erst seit den Ergebnissen, Zahlen und Fakten des Entomologischen Vereins aus Krefeld zur Kenntnis nehmen, dass wir hier ein Riesenproblem haben.

Wenn der Antrag nun die Naturschutzgebiete anspricht, dann ist das doch genau richtig so, dass wir uns da ehrlich machen und uns fragen: Wie wollen wir denn in dieser Sache weiter verfahren?

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Ich sage Ihnen das auch mit ganz großem Respekt: Die Gesellschaft ist längst weitergezogen bei dem Thema.

(Markus Diekhoff [FDP]: Das stimmt ja nicht!)

Die Gesellschaft ist hochsensibel bei dem Thema und möchte nicht mehr hören, dass Menschen in der Politik den Sozialdemokraten unterstellen, sie machten nur ein Bashing gegenüber den Landwirten. Diese Polarisierung funktioniert doch schon lange nicht mehr so, liebe Frau Winkelmann. Da müssen wir doch jetzt zusammenkommen.

Wir wollen doch in vielen Dingen auch das Gleiche. Die Frage ist doch nur, wie wir das erreichen können. Deshalb fände ich es toll, wenn wir wirklich ein bisschen respektvoller über diese Themen sprechen würden.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wie gesagt, die Gesellschaft ist längst weitergekommen. Das sage ich Ihnen auch so offen, auch wenn es mir persönlich als Sozialdemokratin schwerfällt: Man sieht das auch an machen Wahlergebnissen, an manchen Diskussionen, was die Gesellschaft für eine Meinung hat, wenn wir immer noch nicht klarziehen, was wir denn mit Pestiziden im Naturschutzgebiet machen. Das muss man doch mal ganz klar sagen.

Jetzt habe ich alles das angesprochen, was gar nicht in meiner vorbereiteten Rede stand.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Wir überweisen ja an den Ausschuss.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Ich würde mich freuen, wenn Sie mich nicht unterbrechen würden.

(Henning Rehbaum [CDU]: Ich dachte, Sie wären fertig! – Markus Diekhoff [FDP]: Ich dachte, das wär's! Das reichte auch schon!)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir zu diesem Thema genau auf dieser Grundlage gerne alle zusammen an einem Tisch gehabt hätten.

Im Juni 2018 haben wir dazu einen Antrag gestellt: „NRW muss Forschungen zum Erhalt der Insektenvielfalt ausbauen und den Dialog von Wissenschaft, Landnutzern und Naturschutz fördern“. – Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Es geht nicht darum, hier konventionelle und ökologische Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen. Ich finde, das ist an dieser Stelle überhaupt nicht angebracht.

Ich möchte die bereits praktizierten Maßnahmen in diesem Bereich auch nicht kritisieren. Das ist alles gut und richtig.

Aber wir müssen uns dieser Entwicklung als Fachpolitiker stellen und das konkrete Problem gemeinsam auch mit unseren Landwirten lösen. Die wissen auch, dass wir da alle an einem Strang ziehen.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Genau das habe ich gesagt!)

Lassen Sie uns dieses Thema nicht kategorisch ablehnen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Wir machen so viel hier in Nordrhein-Westfalen! – Gegenruf von André Stinka [SPD]: Das kriegt nur keiner mit!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen schöne Weihnachten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, liebe Frau Kollegin Spanier-Oppermann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Diekhoff das Wort.

Markus Diekhoff[*)] (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nicht nur der Antrag der Grünen, sondern auch die Rede von Kollegin Spanier-Oppermann haben ja ein bisschen gezeigt, wo das Problem im Verständnis liegt und warum sich Landwirte hier in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland von vielen politischen Parteien so unverstanden fühlen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Von manchen!)

Das fängt ja da an, wo Sie sagen: Ich muss etwas verbieten, die Gesellschaft ist weiter, wir müssen mal gucken, da muss man doch verstehen, ich habe ja totales Verständnis.

Das, was da passiert, gerade wenn Sie ein Verbot aussprechen, ist ja nichts anderes als eine Enteignung, eine kalte Enteignung.

Deswegen machen wir in Nordrhein-Westfalen dieses Verbot aktuell nicht, weil wir ja wollen, dass wir die Landwirte für diesen Verzicht entschädigen können. Sie können aber rechtlich nur entschädigen, wenn Sie nicht verbieten. Wenn Sie verbieten, ist es verboten, und dann ist es nicht möglich, es zu subventionieren, dass man es nicht tut, denn man darf es ja sowieso nicht tun.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist der ganz einfache Grund.

Dann hört man hier eine Rede, bei der so getan wird, als hätte man Empathie und das Thema durch-

drungen. Dabei fordern Sie nichts anderes, als Menschen ihre Lebensgrundlage für sich und ihre Familie einfach wegzunehmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Diekhoff, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Rüße.

Markus Diekhoff*) (FDP): Den habe ich noch gar nicht kritisiert, aber wenn er jetzt schon möchte.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Norwich Rüße*) (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben gerade von der Lebensgrundlage gesprochen, die irgendjemandem, der Landwirtschaft betreibt, dann entzogen würde.

Würden Sie denn akzeptieren, dass die von Ihnen angesprochenen Programme sehr wohl weiter stattfinden könnten, weil mehrere Bedingungen an die Bewirtschaftung von Flächen geknüpft werden, zum Beispiel später Mahdtermin, das Striegeln und Walzen von Flächen zu bestimmten Zeitpunkten, und dass es von daher nicht unbedingt förderschädlich ist, wenn man keine Pflanzenschutzmittel einsetzen kann?

Würden Sie gleichzeitig auch akzeptieren, …

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, eine Frage!

Norwich Rüße*) (GRÜNE): … dass ein solches Verbot eine Entschädigung durch das Land hervorrufen und insofern gar kein Einkommensverlust eintreten würde?

Markus Diekhoff*) (FDP): Vielen Dank, Herr Rüße, für die – in Anführungsstrichen – Frage.

Erst einmal: Grundsätzlich akzeptiere ich gar nichts, was Sie sagen, zumindest nicht, bevor ich es nicht eingehend geprüft habe.

(Beifall von der FDP und der CDU – Heiterkeit von Henning Höne [FDP])

Das war ja die Hauptfrage, die ich rausgehört habe: Würde ich das akzeptieren?

Nach all den Informationen, die mir vorliegen, und auch nach dem, was uns seitens der NRW-Behörden in den letzten Monaten gesagt wurde, ist es so, dass es förderschädlich ist. Daran halten wir uns erst einmal, daher die gemeinsame Idee. Ja, wir haben es im Blick. Wir haben alle gesehen, dass es in Naturschutzflächen Probleme gibt, und möchten es gerne da, wo es lösbar ist, einfach lösen, aber gemeinsam mit den Landwirten, und gucken, ob man das punktuell wirklich entschädigen kann.

Niemand kann etwas dafür, wo die Flächen liegen, die er bewirtschaften darf. Das hat historische Gründe. Vielleicht gerade weil er in der Vergangenheit gut war, gibt es heute Biotope oder Naturschutzgebiete, die dann geschützt werden müssen und das seit einigen Jahren sind. Die dann jetzt doppelt zu bestrafen, ist einfach falsch. Genau das – ich spreche es nur noch mal an – ist das, was die Landwirte am Ende auch so aufregt.

Noch einmal zum Antrag: Er hat den gleichen Ton. Er macht nicht denselben Fehler, den Frau Spanier-Oppermann gerade gemacht hat. Er ist sehr einseitig: Landwirte machen alles mit Pflanzenschutz, unkontrollierte Mengen an Pestiziden usw. Das stimmt einfach im Kern nicht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Doch, das stimmt! – Ina Spanier-Oppermann [SPD]: Das stimmt!)

– Nein, das stimmt so nicht. So gehen wir auch mit den Landwirtinnen und Landwirten, die unsere Familien täglich ernähren, einfach nicht um. Das ist zumindest nicht unser Stil.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist nicht die Realität. Es ist gut, dass es nicht die Realität ist, es ist maximal grüne Realität. Landwirte sind auch Unternehmer. Sie haben überhaupt kein Interesse daran, unkontrolliert und in Riesenmengen Pflanzenschutzmittel einzusetzen. „Viel hilft viel“ – das gab es vielleicht mal in den 80ern, heute macht das kein Mensch mehr. Es ist ein Kostenfaktor. Landwirte sind Unternehmer. Das ist in ihrem eigenen Interesse.

Sie suggerieren, Landwirte hätten keine Ahnung davon. Sie übersehen komplett, dass die alle geschult werden, dass wir schon längst gesetzliche Regelungen zum Umgang mit Pflanzenschutzmitteln haben. Es gibt Landwirte, die wissen, dass das ein so großes Thema ist, dass sie das sogar von externen Firmen machen lassen, die dafür noch mal höher geschult sind, die sich damit auskennen. Die machen das dann auf diesen Flächen. Das hat nichts mit dem hier suggerierten „Ich kipp da mal einfach drüber“ zu tun.

(Ina Spanier-Oppermann [SPD]: Das hat keiner behauptet!)

Das ist wirklich aus der Mottenkiste. Da hat die Kollegin von der CDU eindeutig recht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie dürfen heute nur zugelassene Wirkstoffe verwenden. Das wissen Sie auch. In Ihrem Antrag von ungeeigneten Verfahren zu sprechen, ist irritierend.

(Ina Spanier-Oppermann [SPD]: Naturschutz!)

Es ist zugelassen. Dann zu suggerieren, dieser zugelassene Wirkstoff wäre Gefahr für Leib und Leben, auch beim Menschen, mit Verlaub, das ist grüne Propaganda. Das greift eindeutig zu kurz. Gesundheitliche Gefahren gehen bei sachgerechtem Umgang davon nicht aus. Sonst wären sie nicht zugelassen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Diekhoff, entschuldigen Sie, dass ich Sie nochmals unterbreche. Herr Abgeordneter Rüße hat sich noch einmal für eine Zwischenfrage gemeldet.

Markus Diekhoff*) (FDP): Aller guten Dinge sind drei. 1 Minute 48 Sekunden hat er noch.

Norwich Rüße*) (GRÜNE): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich habe gerade ein Déjà-vu-Erlebnis. Sie argumentieren genauso, wie Sie zu der Zeit argumentiert haben, als wir über den Verbrauch von Antibiotika in den Ställen gesprochen haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Frage?)

Da kamen genau die gleichen Argumente: Kein Bauer wird auch nur ein Gramm zu viel Antibiotika einsetzen, weil das alles Geld kostet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Fragen!)

Ich frage Sie: Halten Sie vor dem Hintergrund nicht doch eine parallele Entwicklung wie beim Antibiotikaverbrauch für möglich, was zu einer deutlichen Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in Nordrhein-Westfalen führt?

Markus Diekhoff*) (FDP): Die Antibiotikadiskussion ist sicherlich eine Parallele, die nicht ganz vergleichbar ist, aber in Teilen vielleicht doch. Heute sagen Tierärzte durchaus: Eigentlich sind wir an manchen Stellen auch jenseits des Tierschutzes. Vor lauter Angst vor dem Einsatz behandeln wir manchmal nicht, obwohl es notwendig wäre. – Von daher sieht man, dass man da in eine Falle hineinläuft, nämlich Tierschutz und die Behandlung von Krankheiten auf der einen Seite, und die Angst, auf eine Negativliste zu kommen, auf der anderen Seite.

Antibiotika wurde ja trotzdem nicht verboten, sondern man hat aufgeklärt, man hat darüber informiert. Man hat bestimmte Gaben wie zum Beispiel bei Großvieheinheiten direkt über Trinkwasser, über Futter an alle abgeschafft. Man hat gesagt: Ihr müsst es individuell machen, auf das kranke Tier bezogen. Das hat mit dazu geführt, gemeinsam mit den Landwirten, dass man da nach vorne gekommen ist. Man hat es nicht stumpf verboten, weil das das Tierschutzrecht natürlich nicht zulässt.

Aber fragen Sie doch jetzt mal die Zuckerrübenbauern, was nach dem Verbot von Neonix in der Beize passiert ist. Die haben Produktionsrückgänge von 50 %. Es wird dann immer gesagt: Ja, die EU hat das verboten! – Die EU hat aber auch reingeschrieben, dass es eine nationale Ausnahme geben kann. Die nutzen interessanterweise Weise auch alle großen Anbaunationen. In Deutschland stirbt dieser Zweig jetzt einfach aus.

Die erste Zuckerfabrik hat schon zu. Die letzten Jahre waren ja schon schwierig. Jetzt geht noch eine. Wenn es so weitergeht, lohnt es sich für die Landwirte, für die Zuckerrübenbauern nicht mehr. Wir zerstören die Infrastruktur für diesen Themenbereich in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland und kaufen den Zucker am Ende doch im Ausland wieder ein. Wir verlagern nur wieder ein Problem, weil man nicht bereit ist, einfach mal sachlich über die Themen zu sprechen, sondern weil man seine Ideologie einfach nach vorne stellt. Das ist der falsche Weg, und es bleibt der falsche Weg!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Anreize für die Landwirtschaft, sich weiter effektiv um den verminderten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu kümmern, werden im Keim erstickt, wenn Sie mit dieser Verbotsideologie an die ganze Sache herangehen. Das geht nicht. Im Gegenteil, es passiert so viel: Wir machen Digital Farming. Es wird so viel geforscht. Die Landwirte machen da auch mit, weil es den Einsatz minimiert, weil es wirtschaftlich ist.

Es ist viel besser, diese Rahmenbedingungen der Landwirtschaft ins 21. Jahrhundert zu transferieren und dort Fortschritte zu machen, als immer nur auf die Verbotskarte zu setzen. Das ist doch einfach von vorgestern.

Sie sehen, es gibt viel zu tun. Wir können uns sicherlich noch einmal darüber unterhalten, auch über den Kiebitz im Kreis Warendorf. Ich bin ein großer Freund des Kiebitz. Ich sehe es mit großer Sorge, was dort mit dem Bestand der Kiebitze passiert. Aber auch da würde ich zumindest davor warnen, einseitig jetzt das Pflanzenschutzmittel – wie vorhin in Ihrer Rede – dafür verantwortlich zu machen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das habe ich doch überhaupt nicht gesagt!)

– Sie haben es aber in dem Zusammenhang in Ihre Rede eingebaut, die Sie zu diesem Thema halten. Damit suggerieren Sie dem Zuhörer, vor allem vielleicht auch dem, der nicht so fachkundig ist wie Sie –

das wissen Sie auch –, einen Zusammenhang. Der ist vor allem beim Kiebitz so nicht zulässig.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Auf Deutsch nennt man so was Unterstellung!)

Dieser Zusammenhang ist so nicht gegeben. Pflanzenschutzmittel sind sicherlich nicht das größte Problem des Kiebitz, sondern ein Zusammenwirken vieler verschiedener Faktoren. Ich bin sehr froh darüber, dass sich inzwischen viele Menschen darum kümmern, dass der Kiebitz trotzdem bleibt. Da geht es um Prädatoren, sicherlich auch in einem großen Ausmaß. Da geht es um geeignete Flächen, die man frei lassen muss, vielleicht auch von landwirtschaftlicher Nutzung. Das kann man auch entschädigen. Dann ist das auch richtig. Da bleiben wir auch dran.

Aber diese einseitigen Vorwürfe und dieses Versimplifizieren von komplizierten Zusammenhängen in der Natur sind einfach fehl am Platz und helfen uns nicht weiter. In dem Sinne bis zum Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jeder Winzer fürchtet sich vor dem Mehltau. Die Rebenkrankheit ist ein flächendeckendes Problem und betrifft alle deutschen Weinanbaugebiete. Vor vier Jahren wurde das Pflanzensterben so groß, dass selbst Ökowinzer zu konventionellen Gegenmitteln gegriffen haben, auch wenn dieser Einsatz den Verlust des Ökolabels bedeutet hat. Da können wir sagen: Gut, dass es Pflanzenschutzmittel gibt.

Jeder Rübenbauer fürchtet die Fraßschädlinge der Zuckerrübe. Sie fressen gut und gerne bis zu 50 % der Erträge weg, wenn Neonicotinoide nicht eingesetzt werden.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Da geht es um Blattläuse!)

Gut, dass es Pflanzenschutzmittel gibt.

Jeder Kartoffelbauer fürchtet sich vor der Kartoffelfäule. Und für die historisch weniger Gebildeten von Ihnen: Es war der Kartoffelpilz, der während der großen Hungersnot in Irland, in einer der größten Hungerskatastrophen in Europa der letzten 200 Jahre … Das hat damals 12 % der irischen Bevölkerung das Leben gekostet. Das war ein Kartoffelschädling. Da können wir nur sagen: Gut, dass es Pflanzenschutzmittel gibt.

Die moderne Landwirtschaft kann ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht mehr funktionieren und die Ernährung einer stetig wachsenden Weltbevölkerung sicherstellen. Wir sollten wirklich dankbar dafür sein, dass es effektiven Pflanzenschutz gibt.

Doch was wollen die grünen Ideologinnen? – Sie wollen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren, einschränken und am besten gleich ganz verbieten. Mit anderen Worten: Sie legen die Axt an die Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung.

Als Begründung führen die Ökojüngerinnen und auch Sie gerade, Herr Rüße, die Krefelder Studie von 2017 an. Schon wieder! Diese Studie im besten Fall von Hobbyinsektenforschern genügt keinerlei wissenschaftlichen Standards. Die gewählten Messzeiten sind beliebig. Einige Jahre fehlen komplett. Es gibt keine einzige Referenz. Dennoch werden da die Landwirte pauschal beschuldigt. Wenn so etwas als Facharbeit im Gymnasium abgegeben würde, wäre das Ganze mangelhaft, selbst auf einem NRW-Gymnasium.

Daran ändert auch nichts, dass es immer wieder angeführt wird, und auch nicht, dass der Insektensammler aus Krefeld den DBU-Ehrenpreis bekommen hat. Es ist alles grüner Ökopopulismus, und deshalb natürlich sehr nützlich für Ihre politische Agenda.

Deshalb heißt es ja auch im vorliegenden Antrag – Zitat –:

> „Als einer der Hauptgründe für das massive Insektensterben wird von den allermeisten Wissenschaftlern der starke Einsatz von Pestiziden in der intensiven Landwirtschaft ausgemacht.“

Das ist schon wieder vollkommen faktenbefreites Bauern-Bashing. Die Grünen setzen sich nämlich nicht für die Landwirte ein. Sie hauen auf den Berufsstand noch so richtig drauf. Sie geben vor, vermeintlich irgendwelche Insekten retten zu wollen, doch in Wahrheit wollen Sie die konventionelle Landwirtschaft zerstören. Das ist Ihr Ziel. So war es in der Vergangenheit, und so bleibt es wohl auch in der Zukunft.

Dabei wissen Sie in Ihrer EU-Besoffenheit, dass nationale, gar landeseigene Alleingänge dank der Brüsseler Eurokratie überhaupt nichts bringen können. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist im EU-Ausland ohnehin größer als in Deutschland. Frankreich, die Niederlande und Belgien spritzen ganz vorne mit. Diese Länder werden sich freuen, wenn die Grüninnen zusammen mit der CDU-Ökoministerin, Frau Heinen-Esser – ja, Herr Diekhoff, das ist auch noch Ihre Ministerin –,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Hey! – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

die deutsche Landwirtschaft zerstören und dann aus diesen Ländern mehr importiert werden muss. Das

vergisst man manchmal bei Reden wie derjenigen von Herrn Diekhoff. Das ist auch Ihre Ministerin.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Auch Ihre!)

Die Forderung nach Minderung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in unserem Bundesland ist aufgrund des freien Wettbewerbs innerhalb der EU deshalb vollkommen sinnbefreit.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Chlorpyrifos ist ein Pflanzenschutzmittel, das bei Zitrusfrüchten eingesetzt wird, bei Mandarinen, Orangen und Zitronen.

(Henning Höne [FDP]: Die werden auch in NRW angebaut! – Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Der Wirkstoff wird auf der Schale aufgetragen. Wir würden annehmen, dass zumindest die informierten Verbraucher – man weiß das nicht so genau, aber wir glauben an den informierten Verbraucher – das Obst vor dem Essen schälen und waschen würden.

(Henning Höne [FDP]: Die heimische Orange!)

Dennoch ist der Wirkstoff in Deutschland nicht mehr zugelassen. Nur: Trotz all Ihres Geredes vom anthropogenen Klimawandel werden in Deutschland keine Mandarinen, Orangen und Zitronen angebaut,

(Henning Rehbaum [CDU]: Noch nicht!)

allerdings in Spanien, Italien, Griechenland und Portugal. Und dank der EU sind Zitrusfrüchte, die mit diesem Wirkstoff behandelt werden, hier auf dem Markt.

Auch außerhalb von Naturschutzgebieten wollen Sie noch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren. Es soll eine Pufferzone geschaffen werden. Das ist vorhin schon angesprochen worden. Doch wie groß soll diese Pufferzone denn sein? Wie groß soll sie sein? – Das beantworten Sie nicht konkret; denn für Sie ist das ein Instrument zur vollständigen Abschaffung der Pflanzenschutzmittel – nicht nur in Naturschutzgebieten.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ihr Antrag kann an den Ausschuss überwiesen werden, aber wir sind uns ganz sicher, dass er dort nicht besser werden wird. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Dr. Blex.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nee, ist er leider immer noch!)

– Herr Dr. Blex, wenn ich es richtig gesehen habe, darf ich Sie bitten, sich auch an die Regeln zum Tragen einer Maske zu halten. Vielen Dank.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ja, mache ich! Danke!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort. – Bitte sehr.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war so ergriffen von der Rede vor mir, dass ich jetzt fast ein bisschen durcheinander erzählt hätte. Ich bitte um Nachsicht.

(Heiterkeit – Helmut Seifen [AfD]: Das ist auch angemessen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mal ein bisschen versöhnlicher anfangen. Das liegt vielleicht auch ein bisschen an der Zeit, in der wir uns gerade befinden.

Über das Ob des Insektenschutzes gibt es, denke ich, mit Ausnahme der Fraktion ganz rechts keinen Dissens. Die Frage, mit der wir uns hier auseinandersetzen, ist, wie der Insektenschutz am besten durchgeführt wird und wie er am effektivsten ist. Wie bringen wir Insektenschutz, wie bringen wir das Thema „Landwirtschaft“, wie bringen wir den Naturschutz, wie bringen wir all dies zusammen?

Das ist ein Weg, um den wir ringen. Mir hat die Debatte ganz gut gefallen, weil sie mal wieder so eine richtig lebhafte Debatte war, in der wir sehen konnten, wie die unterschiedlichen Ansätze der einzelnen Fraktionen aussehen. Deshalb ist es auch gut, dass wir uns im Ausschuss noch einmal ganz intensiv damit beschäftigen.

Die Studie des entomologischen Vereins in Krefeld war eine wichtige Studie.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie hat wachgerüttelt. Sie hat klargemacht, dass es hier ein Thema gibt, um das wir uns kümmern müssen.

Wir begleiten diese Studie als Umwelt- und Landwirtschaftsministerium hier in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Hochschule Osnabrück, die ebenfalls Daten zu diesem Thema sammelt. Über den Weltbiodiversitätsrat verfügen wir über Daten zum Verlust der Biodiversität der Insektenmasse. Es gibt also verschiedene Studien, die aber im Grunde alle dasselbe sagen, nämlich dass wir bei uns einen sehr starken Verlust an Insektenmasse verzeichnen. Und das hat natürlich Auswirkungen auf die gesamte Nahrungskette und eben nicht nur auf einen bestimmten Bereich.

Jetzt geht es aber um die Frage der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten. Ist das der Weg, der uns am Ende zum Ziel führt? Die Krefelder Studie I hat erbracht, dass in den Naturschutzgebieten besonderer Handlungsbedarf besteht. Viele der Fallen der Entomologen bei uns in

NRW standen in Naturschutzgebieten. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, was der Grund für die Situation in Naturschutzgebieten ist. Dazu ein paar Hinweise.

Schon heute – das muss ich den Antragstellern sagen – ist es nach den Naturschutzgebietsverordnungen möglich, Einschränkungen oder Verbote vorzunehmen. Es ist nicht so, dass wir zurzeit eine Landesregelung bräuchten. Es gibt Regelungen, die vor Ort getroffen werden können.

Dann müssen wir bedenken, dass der allergrößte Teil der Flächen in unseren Naturschutzgebieten Grünland ist. Sie wissen besser als ich, dass auf Grünland ohnehin nur sehr selten Pflanzenschutzmittel angewandt werden – wenn überhaupt. Deshalb kann man erhebliche Zweifel daran haben, ob der Rückgang der Zahl der Insekten ausschließlich durch Pflanzenschutzmitteln verursacht ist oder ob nicht noch andere Gründe dahinter stehen.

Ein Aspekt ist in dieser ideologischen Debatte ein bisschen untergegangen. Er ist mir als zuständiger Ministerin aber wirklich wichtig. Ich bin dafür angetreten – und deshalb bin ich froh, dass wir in NRW ein Ministerium haben, das sowohl Umwelt als auch Naturschutz als auch Landwirtschaft in seinem Bereich hat –, Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt zusammenzubringen und eben nicht über Ideologien auseinanderzubringen. Mein Ziel ist es – und das ist auch das Ziel der Fraktionen –, den Weg zusammen zu gehen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Erklären Sie das mal der FDP!)

Schauen Sie sich mal an, welche freiwilligen Maßnahmen der Landwirte es in den Naturschutzgebieten schon gibt: die Programme zum Vertragsnaturschutz, andere Agrarumweltmaßnahmen. Mehr als ein Drittel unserer FFH-Flächen sind schon über solche Programme abgedeckt. Man muss sich also klug überlegen, ob man immer Verzicht und Verbote nutzt und dafür immer das Ordnungsrechte bemüht oder ob man nicht mal versucht, im Miteinander klarzukommen – vor allem angesichts der Dinge, die sich in den Naturschutzgebieten abspielen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Ich persönlich bin eine Freundin davon, zusammen mit den Landwirten Lösungen für unsere Naturschutzgebiete, aber vor allen Dingen auch für den Verlust der Insekten zu finden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ein Punkt ist ganz wichtig: Im Bund wird gerade das Insektenschutzgesetz verhandelt. Sie haben soeben schon darauf hingewiesen. Das ist im Kabinett heute nicht gelungen. Mal schauen, wann es denn im Bund gelingt.

Ich würde davon abraten, jetzt schon Regelungen dazu zu treffen. Deshalb ist es gut, dass der Antrag in den Ausschuss überwiesen wird. Dann kann man auch mal gucken, wie es im Bund tatsächlich weiterläuft und was wir brauchen. – Ich wünsche Ihnen eine schöne, beschauliche Adventszeit und frohe Weihnachten.

(Beifall von der CDU, der FDP und Ina Spanier-Oppermann [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den eben debattierten Antrag. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 17/12048 an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Dort soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Da beides nicht der Fall ist, haben wir **Antrag Drucksache 17/12048** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

5 Die fiskalischen Lasten der Zuwanderung im Landeshaushalt NRW

Große Anfrage 21
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8666

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/10695

Als erster Redner hat für die AfD-Fraktion Herr Kollege Strotebeck das Wort.

Herbert Strotebeck (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Leider ist die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ein zweischneidiges Schwert, denn im zweiten Teil der Anfrage, in dem es um die fiskalischen Lasten der Zuwanderung geht, werden die Antworten doch recht dünn.

Die Landesregierung verweist darauf, dass gut integrierte, aber eigentlich ausreisepflichtige Personen ein Bleiberecht erhalten sollten. Gut integriert ist jemand bei einem Mindesteinkommen in Höhe von 51 % des SGB-II-Satzes zuzüglich der Mietkosten. Erfolgsquote in den ersten sieben Monaten der Regelung in Nordrhein-Westfalen: trotz der geringen Anforderungen bescheidene 400 Personen.

Auf der anderen Seite haben laut dem aktuellen Migrationsbericht der Bundesregierung im vergangenen Jahr rund 58.000 mehr deutsche Staatsbürger Deutsch-